



## **Resolution der SP Baselland zum Entlastungspaket 2012/2015**

Verabschiedet von der a.o. Delegiertenversammlung  
vom 7. September 2011 in Allschwil

### **Bürgerliches "Entlastungspaket": So nicht!**

**Die Schieflage unseres Kantonshaushalts ist das Resultat jahrelanger verfehlter bürgerlicher Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wiederholt hat die SP die verantwortungslose Steuersenkungspolitik bekämpft. Davon profitiert haben vor allem florierende Unternehmen und die Erben grosser Vermögen. Wenn bei unumgänglichen Sanierungsmassnahmen von Opfersymmetrie die Rede sein soll, dann müssen in erster Linie diese Kreise in die Verantwortung gezogen werden. Eine Sanierung auf dem Buckel der Leute mit kleinen und mittleren Einkommen und auf Kosten von Bildung und ökologischem Engagement kommt nicht in Frage.**

Die SP Baselland bestreitet zwar nicht grundsätzlich den Sanierungsbedarf der kantonalen Finanzen, wehrt sich aber vehement gegen das Ausmass und eine Vielzahl absolut verfehlter Abbaumassnahmen des vorliegenden "Entlastungspaketes". Es sind dies insbesondere die folgenden:

- Kürzungen im Bildungsbereich: Sowohl die Abbaumassnahmen im Unterricht (Abbau der Wahlfächer, Erhöhung der Klassengrössen) als auch die einseitigen Verschlechterung der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen (Lohnreduktionen für Stellvertretungen, Pensenerhöhung für Fachlehrkräfte) gefährden die Qualität der Baselbieter Schulen. Der Verzicht auf die Kaufmännische Vorbereitungsschule, die Reduktion des BVS2 auf ein einjähriges Brückenangebot sowie der Wegfall der Kantonsbeiträge für staatliche Lehrwerkstätten sind ebenfalls nicht hinnehmbar, denn die betroffenen Institutionen leisten eine überaus wichtige und erfolgreiche Arbeit.
- Kürzungen im Öffentlichen Verkehr: Der Leistungsabbau bei den sogenannten „wenig wirtschaftlichen Linien“ schwächt den öffentlichen Verkehr und widerspricht den Geboten der Umwelt- und Verkehrspolitik. Die Errungenschaften des Tarifverbands dürfen durch komplizierte und unsoziale Zonenregelungen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Forderung nach Nullrunden bei den Transportunternehmen ist zudem eine weitere einseitige Belastung einiger Angestellter.
- Sozialpolitische Kürzungen: Der Abbau bei den Prämienverbilligungen ist inakzeptabel, ebenso die Einführung eines Selbstbehaltes beim Steuerabzug für Krankheitskosten (zumindest muss hier eine bessere soziale Abfederung eingeführt werden). Auch lehnen wir die Verschärfung des Vermögensverzehr beim Bezug von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ab. Die Tatsache, dass der Regierungsrat die Gemeinden bei den Budgetrichtlinien für 2012 dazu auffordert, aufgrund dieser Kürzungen mehr Gelder für die Sozialhilfe zu budgetieren, sagt alles über den Charakter dieser Massnahmen und über die unsolidarische Kostenverlagerung zulasten der Sozialhilfe.
- Projekt FOCUS: Die SP lehnt die Reorganisation der Bezirksschreibereien, bzw. die Auflösung der Amtsnotariate und den damit verbundenen Abbau von 74 Vollzeitstellen ab. Es ist völlig abstrus, diese Reorganisation als Sparmassnahme

darzustellen, da die Amtsnotariate den Staatshaushalt netto entlasten! Mit der Privatisierung des Amtsnotariats verzichtet der Kanton nicht nur auf ein vergleichsweise günstig erbrachtes Dienstleistungsangebot, sondern auch auf Einnahmen in substantieller Höhe. Die gleichen Dienstleistungen würden künftig – zu höheren Preisen – von Privaten erbracht werden, zu Ungunsten der Bürgerinnen und Bürger. Zu diesen Massnahmen gesellt sich auch eine Reorganisation der Bezirksgerichts-Strukturen. Unter dem Deckmantel des Entlastungspakets sollen staatsrechtlich relevante Umstrukturierungen im Eiltempo durchgezogen werden. Ein äusserst fragwürdiges Vorgehen!

- "Weiterer Aufgabenverzicht": In einem 28-Millionenpaket namens "Ü1-Weiterer Aufgabenverzicht" kündigt die Regierung einen in keinem Punkt definierten pauschalen Leistungsabbau an, der "in der Umsetzung zu definieren sei". Dieser Blankoscheck für substantielle Überraschungskürzungen ist demokratiepolitisch äusserst fragwürdig und daher prinzipiell zu verwerfen.
- Kulturgüter und Naturschutz: Unser Kanton ist wahrhaftig nicht reich an Kulturgütern. Den Verkauf des Schlosses Wildenstein und des dazugehörigen Gutshofes lehnen wir deshalb ab. Viele der vorgeschlagenen Kürzungen im Natur- und Umweltschutz sind kurzsichtig – sowohl ökologisch als auch finanziell. Denn durch die Sparmassnahmen entgehen dem Kanton auch Bundessubventionen.

Vor wenigen Jahren hat das Baselbiet mit grosser Mehrheit der Einführung einer Defizitbremse zugestimmt. Diese verlangt, dass bei Defiziten, die das Eigenkapital unter 100 Mio. CHF reduzieren, die Steuern erhöht werden müssen. Dieser Mechanismus soll nun zum Spielen kommen.

Die Sanierungsstrategie der SP setzt auf drei Ebenen an:

1. Zum einen kann die SP durchaus verschiedenen, im Entlastungspaket enthaltenen Massnahmen zustimmen. Darunter sind etwa Verzichtleistungen beim Ausbau bei Einmietungen, Senkungen von Unterhaltskosten im Hoch- und Tiefbau, Erhöhungen des Steuerertrags durch verstärkte Revisionstätigkeit, Erhöhung von Busseneinnahmen, Effizienzsteigerungen im IT-Bereich.
2. Zweitens sind wir der Ansicht, dass das Baselbiet nicht um Steuererhöhungen herumkommen wird, wenn wir die Qualität des Service Public und des Wirtschaftsstandorts Baselland nicht durch kontraproduktive und unsoziale Kürzungsmassnahmen entscheidend schwächen wollen. Mit Korrekturen bei den kantonalen Steuern ist es aber nicht getan. Der Kanton Baselland soll sich endlich auch auf eidgenössischer Ebene für mehr Steuergerechtigkeit einsetzen, zum Beispiel für eine nationale Erbschaftssteuer, für eine Korrektur der Unternehmenssteuerreform II und für Besteuerungen von privaten Kapitalgewinnen und von Finanztransaktionen sowie für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.
3. Eine dritte Sanierungsstrategie liegt in einer aktiven kantonalen Wirtschaftspolitik. Mit einer entschiedenen Förderung von Unternehmen durch einen raschen Ausbau der Infrastruktur in zentralen Entwicklungsgebieten (z.B. Salina Raurica, Dreispitz, Rheinhafen Birsfelden) müssen die Voraussetzungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und von guten Steuerzahlenden geschaffen werden. Dieses Potential ist lange genug brach gelegen. Nicht Einschränkung von Service Public und Infrastrukturen, sondern Ausbau derselben und Erhöhung der Attraktivität und der Lebensqualität unseres Kantons muss die Antwort auf die schlechte Finanzlage sein, in welche die bürgerliche Regierungsmehrheit das Baselbiet geritten hat.